



N i e d e r s c h r i f t

**der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Sozial-,
Gesundheits- und Gleichstellungsausschusses am 12.09.2019**
öffentlich

Ort: Stadthaus,Wappensaal
Marktplatz2
06108 Halle (Saale)

Zeit: 16:30 Uhr bis 18:40 Uhr

Anwesenheit: siehe Teilnahmeverzeichnis

Anwesend waren:

Ute Haupt	Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale) Ausschussvorsitzende
Olaf Schöder	Fraktion Freie Demokraten im Stadtrat von Halle (Saale)
Donatus Schmidt	AfD-Stadtratsfraktion Halle
Bernhard Bönisch	CDU-Stadtratsfraktion Halle (Saale) Teilnahme bis 18:05 Uhr
Dr. Regina Schöps	Fraktion MitBürger & Die PARTEI
Dr. Ulrike Wünscher	CDU-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Josephine Jahn	Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale)
Kay Senius	SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)
Dennis Helmich	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Dr. Annette Kreuzfeldt	Fraktion BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN

Sachkundige Einwohner/-innen

Angela Ernst	Fraktion Hauptsache Halle
Guido Haak	CDU-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Tobias Heinicke	CDU-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Markus Jürisch	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Annika Seidel-Jähnig	SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)

Verwaltung

Katharina Brederlow	Beigeordnete Bildung und Soziales
Dr. Christine Gröger	Leiterin Fachbereich Gesundheit
Jörg Baus	Leiter Fachbereich Soziales
Susanne Wildner	Gleichstellungsbeauftragte

Entschuldigt fehlten:

Beate Gellert	Fraktion Hauptsache Halle
Dr. Tarek Ali	Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale)
Svea Detering	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Jan Röttschke	Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale)
Juliane Uhl	Fraktion MitBürger & -DIE PARTEI

zu **Einwohnerfragestunde**

zu **Herr Dirk Rotzsch zum Stand des örtlichen Teilhabemanagements für behinderte Menschen**

Herr Rotzsch trug vor, dass er sich für Sozialpolitik in der Sammlungsbewegung „Aufstehen“ engagiert.

Er fragte, was in einem Jahr örtliches Teilhabemanagement konkret für behinderte Menschen getan wird, hier meint er insbesondere den Auf- und Ausbau eines qualifizierten Fallmanagements und nahm Bezug auf die Beschlussvorlage vom 17.04.2018. Ihm geht es um die Beratung von behinderten Menschen. Er fragte auch, wie weit die Evaluation zum IST-Stand der Barrierefreiheit vorangeschritten ist.

Herr Baus erläuterte, dass es sich um ein EU-Projekt handelt und erläuterte dieses kurz. Er bot Herrn Rotzsch an, mit diesem einen Gesprächstermin zu vereinbaren, was dieser gern annahm.

Die Einwohnerfragestunde wurde beendet.

zu 1 **Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit**

Frau Haupt eröffnete die Sitzung und stellte die Ordnungsmäßigkeit der Einladung und die Beschlussfähigkeit fest.

Frau Haupt richtete ihr Wort an alle Mitglieder des Ausschusses und betonte, dass im Sinne der Bürger/-innen der Stadt versucht wird, zusammen an Lösungen für diese im Ausschuss gemeinsam zu arbeiten.

zu 2 **Feststellung der Tagesordnung**

Frau Haupt ging kurz auf die bisherige Verfahrensweise der Behandlung von Tagesordnungspunkten in diesem Ausschuss ein und erläuterte, dass geladene Gäste und auch der Bericht des Jobcenters zum Beginn der Sitzung behandelt wurden. Deswegen schlug sie vor, dies beizubehalten und demzufolge die TOP 8.1 und 8.2 vorzuziehen.

Außerdem möchte die Verwaltung ihre Bereiche mit den Aufgaben vorstellen, die den Ausschuss tangieren, was ebenfalls vor der eigentlichen Tagesordnung erfolgen soll. Zuerst soll jedoch die Bestellung der Protokollführerin erfolgen, damit diese in ihrem Amt bestätigt ist.

Es gab keinen Widerspruch zu der vorgeschlagenen Verfahrensweise.

Frau Dr. Wünscher sprach an, dass der TOP

6.1. Antrag der CDU/FDP-Fraktion zur Entwicklung eines Konzeptes für eine flexible

Kitabetreuung für Familien mit besonderem Betreuungsbedarf (24-Stunden-Kita) in der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: VI/2019/05075

für die heutige Sitzung vertagt wird. Da Herr Bernstiehl, als Initiator dieses Antrages, bei der letzten Fraktionssitzung nicht anwesend sein konnte, wird es erst noch eine Rücksprache mit diesem dazu geben. Der Antrag wird noch als CDU/FDP-Antrag geführt, da er damals so gestellt worden war.

Frau Brederlow sprach an, dass im Jugendhilfeausschuss dieser Antrag an den Unterausschuss Jugendhilfeplanung verwiesen worden ist, sodass dieser erst dort beraten wird.

Herr Schöder stimmte formal der vorgeschlagenen Verfahrensweise zum TOP 6.1 zu, da es damals ein gemeinsamer Antrag der CDU und FDP war.

Frau Haupt sagte die Reihenfolge der Tagesordnungspunkte neu an und bat um Zustimmung der geänderten Tagesordnung.

Abstimmungsergebnis: **einstimmig zugestimmt**

Die geänderte Tagesordnung wurde festgestellt:

- . Vorziehen des TOP 5.1
- . Vorstellung der Ausschussmitglieder und der Verwaltung
- . Vorstellung des Geschäftsbereiches Bildung und Soziales und des Eigenbetriebes Arbeitsförderung mit seinen Aufgaben
- . Vorziehen des TOP 8.1
- . Vorziehen des TOP 8.2
- 3. Bestimmung der/des stellvertretenden Ausschussvorsitzenden des Sozial-, Gesundheits- und Gleichstellungsausschusses
- 4. Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift vom 13.06.2019
- 5. Beschlussvorlagen
- 5.1. Bestellung einer Protokollführerin
Vorlage: VII/2019/00118
- 6. Anträge von Fraktionen und Stadträten
- 6.1. Antrag der CDU/FDP-Fraktion zur Entwicklung eines Konzeptes für eine flexible Kitabetreuung für Familien mit besonderem Betreuungsbedarf (24-Stunden-Kita) in der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: VI/2019/05075
- 6.2. Antrag der AfD Stadtratsfraktion Halle zur Vermeidung der Einbürgerung von Ausländern mit fehlender dauerhafter eigenständiger Sicherung des Lebensunterhalts

Vorlage: VI/2019/05197

- 6.3. Antrag der AfD Stadtratsfraktion Halle auf regelmäßige Überprüfung der Aufenthaltsberechtigung EU-Ausländern bei der Beantragung und Verlängerung von Sozialleistungen nach SGB II
Vorlage: VI/2019/05208

7. schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten

8. Mitteilungen

8.1. Berichterstattung des Jobcenters Halle (Saale)

8.2. Vorstellung PLAN Deutschland e.V./Weltmädchentag

9. Beantwortung von mündlichen Anfragen

10. Anregungen

10.1. Themenspeicher

zu 5 Beschlussvorlagen

zu 5.1 Bestellung einer Protokollführerin Vorlage: VII/2019/00118

Da es keine Anfragen gab, rief **Frau Haupt** zur Abstimmung auf.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

Beschluss:

Im Einvernehmen mit dem Sozial- Gesundheits- und Gleichstellungsausschuss bestellt der Oberbürgermeister Frau Uta Rylke als Protokollführerin. Die Stellvertretung wird durch das Team Ratsangelegenheiten abgesichert.

zu Vorstellung der Ausschussmitglieder und der Verwaltung

Es stellten sich die Ausschussvorsitzende, die Mitglieder des Ausschusses als auch die Verwaltung kurz vor.

zu **Vorstellung des Geschäftsbereiches Bildung und Soziales und des Eigenbetriebes Arbeitsförderung mit seinen Aufgaben**

Die Präsentation wurde in Session hinterlegt.

Frau Brederlow wies auf die Empfehlungsrechte dieses Ausschusses und die Zuständigkeitsordnung des Stadtrates und seiner Ausschüsse und die Themen im Ausschuss hin. Anschließend stellte sie ihren Geschäftsbereich Bildung und Soziales vor und gab das Wort an ihre Fachbereichsleiter/in und den Leiter des Eigenbetriebes Arbeitsförderung (EfA).

Herr Baus stellte den Fachbereich Soziales und Frau Dr. Gröger den Fachbereich Gesundheit mit seinen Aufgaben vor.

Herr van Rissenbeck stellte den Eigenbetrieb für Arbeitsförderung mit seinen Angeboten vor.

Frau Brederlow ergänzte, dass die Umsetzung des Teilhabechancengesetzes, welches im Stadtrat beschlossen wurde, auch über den EfA läuft. Da wird zu einem späteren Zeitpunkt zu dem Einsatz der über 100 Mitarbeiter/-innen berichtet.

Sie wies darauf hin, dass das aktuelle Gesundheitsjournal bei Interesse mitgenommen werden kann, dieses liegt aus.

Frau Dr. Gröger wies darauf hin, dass der Link zu dem Journal auf der Rückseite ist, sodass dies auch darüber gelesen werden kann.

zu 8.1 **Berichterstattung des Jobcenters Halle (Saale)**

Die Präsentationen sind in Session hinterlegt.

Frau Polte stellte sich als stellvertretende Geschäftsführerin und Bereichsleiterin der Verwaltung des Jobcenters Halle (Saale) vor. Sie entschuldigte Herrn Kaltoven, welcher dienstlich verhindert ist.

Sie ging anfangs auf die Struktur und die Aufgaben nach dem Sozialgesetzbuch (SGB) II ein. Zur näheren Erläuterung von gebräuchlichen Begriffen im Jobcenter lud sie zu einer Veranstaltung mit drei verschiedenen Terminen im Oktober ein, welche als Einladung jedem Mitglied am Platz ausgelegt wurde, hierzu bat sie um eine telefonische Rückmeldung.

Frau Polte ging kurz auf die bereits vorliegenden Unterlagen zu der Berichterstattung ein.

Zur Auswertung der Zahlen von Bildung und Teilhabe (BuT) sagte sie, dass die Zahlen von April 2019 stammen und eine Auswertung keinen Sinn macht. Deswegen hat sie die aktuelle Einschätzung dazu vom bearbeitenden Team eingeholt. Momentan läuft die Umsetzung des Starke-Familien-Gesetzes und mit dem neuen Schuljahr sind alle Anträge neu gestellt worden, sodass die zahlreiche Bearbeitung gerade läuft.

zu 6 Anträge von Fraktionen und Stadträten

zu 6.2 Antrag der AfD Stadtratsfraktion Halle zur Vermeidung der Einbürgerung von Ausländern mit fehlender dauerhafter eigenständiger Sicherung des Lebensunterhalts Vorlage: VI/2019/05197

Herr Schmidt führte in den Antrag seiner Fraktion ein.

Er trug einen Auszug aus dem Gesetz für Einbürgerung vor und nannte die Voraussetzungen, die für eine Einbürgerung sprechen und sprach die Erwartung aus, dass das Bundesgesetz durchgesetzt wird. Er drückte sein Unverständnis zu der Antwort der Verwaltung aus, dass die Verwaltung hier nicht zuständig ist und der Antrag als rechtswidrig abgelehnt wird.

Herr Bönisch sprach an, dass die Stellungnahme der Verwaltung verständlich ist, da dies im übertragenen Wirkungskreis liegt und der Stadtrat dazu nichts beschließen kann.

Frau Dr. Schöps stellte den Geschäftsordnungsantrag auf Nichtbehandlung wegen Nichtzuständigkeit.

Frau Haupt rief zur Abstimmung des Geschäftsordnungsantrages auf.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Zwei Stadträte beteiligten sich nicht an der Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: Nichtbehandlung wegen
Nichtzuständigkeit

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat beschließt die Einbürgerungsbehörde der Stadt Halle aufzufordern, Einbürgerungsbegehren von Ausländern nur dann zu entsprechen, wenn die eigenständige Sicherung des Lebensunterhalts für sich und die unterhaltsberechtigten Angehörigen dauerhaft gewährleistet sind.

zu 6.3 Antrag der AfD Stadtratsfraktion Halle auf regelmäßige Überprüfung der Aufenthaltsberechtigung EU-Ausländern bei der Beantragung und Verlängerung von Sozialleistungen nach SGB II Vorlage: VI/2019/05208

Herr Schmidt führte in den Antrag ein und betonte, dass seine Fraktion ausdrücklich die EU-Freizügigkeit unterstützt und diese auch begrüßt. Wenn diese Freizügigkeit nicht missbraucht wird, können EU Bürger davon profitieren und deswegen sollte darauf geachtet werden, dass dies nicht geschieht.

Frau Brederlow ging auf die Stellungnahme der Verwaltung ein und erläuterte, dass diese für Punkt 1 und 2 nicht zuständig ist, da im SGB II klar geregelt ist, dass die Zuständigkeit bei der Bundesagentur für Arbeit liegt, die die entsprechenden Handlungsanweisungen gibt

und in Zusammenarbeit mit der Ausländerbehörde dies auch geprüft wird.

Punkt 3 ist das, was vom Jobcenter hier im Ausschuss vierteljährlich bereits angeboten wird und zu dem es jetzt das Terminangebot des Jobcenters gibt, sich diese Dinge vor Ort erläutern zu lassen. Die Daten der Bundesagentur sind im Internet gut zugänglich. Im Haushalt werden diese Seiten nicht gesondert ausgewiesen, da sich an die Haushaltsordnung des Landes gehalten wird.

Herr Schmidt sprach den MDR Bericht an, in welchem intensiv über den Missbrauch von Sozialleistungen berichtet wurde und wollte wissen, ob eine intensive Prüfung von Fällen erfolgte und Dinge sich zum Positiven entwickelt haben.

Frau Brederlow verwies auf die Beantwortung der Anfrage der CDU-Fraktion aus dem letzten Stadtrat hin, in welcher darauf verwiesen wurde, dass es im Jobcenter ein Ermittlungsteam gibt, die auch Hinweisen nachgehen. Effekte dazu müssten beim Jobcenter erfragt werden.

Herr Schmidt machte deutlich, dass die Behauptungen durch den MDR in dem Bericht aufgestellt worden sind und nicht durch seine Person.

Da es keine weiteren Anfragen gab, rief **Frau Haupt** zur Abstimmung des Antrages auf.

Abstimmungsergebnis sachkundige Einwohner/innen: einstimmig abgelehnt

Abstimmungsergebnis stadträt/-innen: mehrheitlich abgelehnt

Beschlussempfehlung:

Der Stadtrat beauftragt die Stadtverwaltung:

- 1.) Bei jeder Antragsstellung und Verlängerung des Bezuges von Sozialleistungen nach dem SGB II die Berechtigung zum Aufenthalt der Antragsteller, seiner Angehörigen und begünstigten Mitgliedern von Bedarfsgemeinschaften aller sich in Halle im Zuge der EU-Freizügigkeit niedergelassenen EU-Ausländern zu überprüfen.
- 2.) Die Nachweise aus denen sich das Recht der Inanspruchnahme der Freizügigkeit für EU-Ausländer begründet sollen kritisch überprüft werden. Insbesondere sind deshalb Nachweise selbständiger oder unselbständiger Tätigkeiten, welche die Voraussetzung für eine Niederlassung nach dem Freizügigkeitsgesetz/EU in Halle sind, kritisch zu hinterfragen.
Ziel ist es betrügerische Handlungen aufzudecken und den systematischen Zuzug in die Sozialsysteme zurückzudrängen.
- 3.) Dem Stadtrat ist, quartalsweise über die Zahl der in Halle lebenden Sozialleistungsbeziehenden-EU-Ausländer zu berichten.
- 4.) Den Stadtrat über die Höhe der Mittel, die aufgrund der Sozialleistungsbeziehenden-EU-Ausländern aus dem städtischen Haushalt aufgewendet werden müssen zu informieren.

zu 7 schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten

Es lagen keine schriftlichen Anfragen von Fraktionen und Stadträten vor.

zu 8 Mitteilungen

zu 8.3 Information zur Eröffnung des medizinischen Zentrums für Erwachsene mit Behinderung am St. Elisabeth & St. Barbara Krankenhaus

Frau Brederlow informierte über die Eröffnung des medizinischen Zentrums für Erwachsene mit Behinderung am St. Elisabeth & St. Barbara Krankenhaus.

<https://www.krankenhaus-halle-saale.de/unser-krankenhaus/kliniken-und-abteilungen/medizinisches-zentrum-fuer-erwachsene-mit-behinderung-mzeb/kontakt>

zu 8.4 Information zum Schreiben von Pro Familia bzgl. des ausgelaufenen biko-Projektes

Frau Haupt verlas den Brief von Frau Westphal, Geschäftsführerin von Pro Familia, der ihr zugegangen war. Es ging um das ausgelaufene Projekt biko zur Beratung, Information und Kostenübernahme bei Verhütung, wo es in der Stadt Halle (Saale) bei Pro Familia eine Anlaufstelle gab.

Frau Westphal hat um Unterstützung bei der kommunalen Fortführung des Projektes gebeten und auf den Abschlussbericht dazu verwiesen:

<https://www.biko-verhuetung.de/wp-content/uploads/biko-Kurzbericht.pdf>

Frau Haupt wird sich mit Frau Westphal in Verbindung setzen.

zu 9 Beantwortung von mündlichen Anfragen

zu 9.1 Anfrage der Stadträtin Dr. Regina Schöps (Fraktion MitBürger & Die PARTEI) zur Umsetzung des Stadtratsbeschlusses zur Teilnahme an der Präventionskampagne „Luisa ist hier!“ Vorlage: VII/2019/00208

Die Anfrage und die Antwort der Verwaltung wurden in Session hinterlegt.

Frau Dr. Schöps dankte für die Antwort der Verwaltung.

zu 9.2 Anfrage der Stadträtin Dr. Regina Schöps zu Weiterbildungsveranstaltungen in der Stadtverwaltung zu Gender Diversity

Frau Wildner sagte, dass die Vertreter des Diversity Netzwerkes zur nächsten Sitzung eingeladen werden, da diese sich selbst vorstellen möchten und kurz über ihre Arbeit berichten können.

Frau Dr. Schöps trug ihre mündliche Anfrage vor.

Frau Brederlow sagte die schriftliche Beantwortung zu, ging aber vorab dessen kurz darauf ein. Sie wies auf die hohe Arbeitsbelastung der Mitarbeiter/-Innen im Fachbereich Bildung hin und sagte, dass künftig eine bessere Koordination solcher Termine erfolgen wird, da der Dezember hierfür ungeeignet erscheint.

Frau Ernst wollte wissen, worum es in der Weiterbildung geht und was die Schwerpunkte sind.

Frau Wildner antwortete, dass es um die Fortbildungsveranstaltung „Geschlechtliche Vielfalt – Grundlagen, aktuelle Entwicklungen und berufliches Handeln“ ging. Im September wurde mit der Planung dieser Veranstaltung begonnen und aus verschiedenen Gründen passten die Termine nicht, sodass dies zukünftig besser koordiniert werden muss.

Sie sprach an, dass sich dieser Ausschuss in den Jahren 2017 und 2018 sechsmal mit diesem Thema befasst hat. Am 02.03.2018 fand eine große Veranstaltung statt, u. a. zu Transgeschlechtlichkeit im Kinder- und Jugendbereich, weil dies bisher ein Tabuthema ist. Die Veranstaltung war sehr gut besucht, es waren insbesondere auch Betroffene anwesend. Hier wurde der Bedarf deutlich, dass zu dem Thema besser informiert werden sollte und deswegen wurde der Konsens gefunden, die eigenen Mitarbeiter/-innen hierzu in einer Veranstaltung zu informieren.

zu 9.3 Mündliche Anfrage der CDU-Stadtratsfraktion Halle (Saale) zur Unterstützung bzw. dem Fortbestand der Tafel am Standort Halle Neustadt

Frau Dr. Wünscher sprach an, dass diese Thematik in der Tageszeitung eine Rolle gespielt hat und wollte wissen, ob die Stadt die Tafel in Neustadt unterstützt oder einen anderen Standort zur Verfügung stellen kann.

Herr Baus erwiderte, dass am 27.08.2019 Herr Römer und Frau Ronneberger bei ihm u. a. mit dieser Problematik vorgesprochen haben. Die Wasserschäden am Gebäude und der Riss sind erst in den letzten Tagen zutage getreten. Deswegen wurde vorsichtshalber bei dem Koordinator der Tafeln darauf hingewiesen, dass möglicherweise diese Aufgabe nicht mehr erfüllt werden kann.

Ob die Energieversorgung Halle (EVH) die Sanierung des Gebäudes kurzfristig schafft, ohne dass die Tafel schließen muss, konnte von der Geschäftsführung derzeit nicht gesagt werden. Es wäre nicht einfach, einen anderen Standort zu finden, da eine Zufahrt für LKW notwendig und diese nicht immer gegeben ist.

Herr Schöder hat sich vor Ort ein Bild von der Situation in Neustadt gemacht und schilderte seine Eindrücke zu dem Gebäude. Er war auch überrascht, dass die Tafeln die gleichen hygienischen Bestimmungen zu erfüllen haben wie jede Verkaufsstelle.

Er bat die Verwaltung, hier unterstützend zu wirken, damit das Projekt fortgeführt werden kann.

zu 9.4 Anfrage Frau Seidel-Jähmig zu Vertretungsregeln in Kindertageseinrichtungen

Frau Seidel-Jähmig fragte zu den Vertretungsregelungen bei Notbesetzungen von Kitas nach. Da gibt es wohl einen Begrenzungsradius zwischen den Kitas und hierzu fragte sie, wie weit dieser ist und ob dieser immer greift. Sie fragte, wie viele Fälle es sind und fragte, ob es eine Ballung in bestimmten Stadtgebieten gibt.

Frau Brederlow wies darauf hin, dass diese Fragen in den Ausschuss des Eigenbetriebes Kita gehören und bat, dass diese zuständigkeitshalber dort vorgetragen werden.

Frau Seidel-Jähmig wird diese Fragen über ihre Fraktionsvertreter in dem genannten Ausschuss vortragen lassen.

zu 9.5 Herr Donatus Schmidt zum Umgang mit Bürgern

Herr Schmidt sprach an, dass seine Fraktion einen Bürgerbrief erhalten hat, in welchem ein Rentner seine Probleme mit dem Sozialamt schildert. Es geht um die Grundsicherung im Alter und die Zustellung von entsprechenden Antragsformularen an ihn, um ihm Wege und Kosten zu ersparen. Da er keine Antwort auf seine Bitte erhalten hat, hat er diesen Weg jetzt gewählt.

Herr Schmidt fragte, ob es gängige Praxis ist, dass Bürger auf Anfragen keine Antwort erhalten oder es mit einer eventuellen Überarbeitung der Mitarbeiter zusammenhängt.

Herr Baus bat um die Übergabe des Briefes und sagte die vertrauliche Bearbeitung des Falles zu, sodass dem Bürger keine Nachteile erwachsen.

Herr Schmidt reichte das Schreiben an Herrn Baus zur weiteren Abklärung.

zu 9.6 Herr Donatus Schmidt zum kleinen Teich in Neustadt

Herr Schmidt fragte zu den Baggerarbeiten am Kleinen Teich in Neustadt nach, da besorgte Bürger sich dazu gemeldet haben. Am 31.08.2019 war hierzu eine Meldung in dubisthalle.de, wo es um das Ausbaggern des trockenen Teiches ging. Die Bürger haben Ängste, dass der Teich wegfallen könnte.

Frau Brederlow verwies darauf, dass sich Bürger an das Dienstleistungszentrum Bürgerengagement mit ihren Fragen wenden können und sie dann auch eine Rückantwort von dem zuständigen Bereich erhalten.

zu 9.7 Herr Schöder zu einem Vorsprachetermin im GB IV

Herr Schöder bat um einen Termin bei Frau Haupt und Frau Brederlow, um verschiedene Fragen, auch in Bezug auf das gezeigte Organigramm, klären zu können.

zu 10 Anregungen

zu 10.1 Themenspeicher

zu 10.1.1 Anregung Herr Senius zur Einladung von Behindertenvereinen zu Bedarfen/Voraussetzungen für behindertengerechten Wohnraum

Herr Senius regte an, dass die Behindertenverbände in den Ausschuss geladen werden, um deren Sichtweise auf den Wohnraumbedarf für Behinderte und Rollstuhlfahrer darlegen zu können. Dann könnte dies auch in die entsprechenden Ausschüsse weitergetragen werden.

Er erwähnte, dass beim DRK Begegnungsfest ein Vertreter der Stadt geäußert hat, dass sich die Stadt um den Bedarf an Behinderten- und rollstuhlgerechten Wohnraum bemühen wird, da dies nur in begrenztem Umfang von den Wohnungsgesellschaften zur Verfügung gestellt wird.

Frau Haupt bat um Aufnahme dieser Anregung in den Themenspeicher.

zu 10.1.2 Anregung Herr Senius zur Einladung der HAVAG zum Stand barrierefreie Nutzung der Tram für Sehbehinderte und Behinderte

Herr Senius wies auf die mediale Berichterstattung zur Ausstattung der Straßenbahnen für Sehbehinderte und behinderte Menschen hin. Er regte an, dass die HAVAG hier im Ausschuss zu dieser Umsetzung berichten soll.

Herr Dr. Fischer sprach an, dass die erste Testanlage in dieser Woche an der Ecke Hermannstraße/Bernburger Straße in Betrieb genommen wurde. Am 23./24.09. soll der Testlauf stattfinden. Er empfahl, die HAVAG dazu frühestens Ende des Jahres oder im Januar 2020 einzuladen, da dann zum Stand aktuell berichtet werden kann.

Frau Haupt wies darauf hin, dass noch Haushaltsberatungen dieses Jahr stattfinden müssen, sodass diese Anregung im Themenspeicher für Januar 2020 aufgenommen werden sollte.

Es gab keine weiteren Anregungen.

Frau Haupt beendete den öffentlichen Teil und bat um die Herstellung der Nichtöffentlichkeit.

Ute Haupt
Ausschussvorsitzende

Uta Rylke
stellvertretende Protokollführerin